

Volksaufstand mit Feiertag würdigen



Der sächsische FDP-Landeschef, Holger Zastrow, sieht es kritisch, dass gegenwärtig nur noch ein paar vereinzelte Veranstaltungen an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR erinnern. Der Liberale will das ändern und fordert, dass der 17. Juni wieder zum Feiertag im Freistaat erklärt wird. "Ich stelle fest, dass die Erinnerungskultur diesem Tag nicht mehr gerecht wird", konstatierte er gegenüber der "Bild"-Zeitung.

Gerade für Sachsen habe der Volksaufstand eine besondere Rolle gehabt, betonte Zastrow: "Neben Berlin gab es hier die meisten Ereignisse." Der FDP-Landeschef schlug vor, den Buß- und Betttag als Feiertag für den 17. Juni einzutauschen. Der evangelische Feiertag wird nämlich seit 1994 nur noch in Sachsen gefeiert und stellt eine Mehrbelastung für die Beschäftigten durch einen höheren Beitrag zur Pflegeversicherung dar. "Wenn wir uns schon den Luxus leisten, einen Extra-Feiertag zu haben, dann sollten wir auch entscheiden, welcher der richtige ist", unterstrich Zastrow.

Auch FDP-Vize Uwe Barth hob die Bedeutung des 17. Juni hervor. "Freiheit ist auch heute nicht selbstverständlich. Sie muss immer wieder erstritten werden. Deshalb können wir den Menschen dankbar sein, die am 17. Juni 1953 auf die Straße gingen", erklärte Barth. Auch 25 Jahre nach dem Mauerfall sei es wichtig, das Gedenken an den Volksaufstand wachzuhalten. Barth erinnerte: "Viele haben bei ihrem Einsatz für Freiheit und Selbstbestimmung mit Haft oder ihrem Leben bezahlt."